KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

07. – 14.04.2023

Für Irritationen in Europa und den USA sorgten Emmanuel Macrons Äußerungen nach seiner China-Reise in Hinblick auf Taiwan. In einem Gespräch mit der französischen Wirtschaftszeitung Les Échos und Politico hatte Macron mit Blick auf die Spannungen um Taiwan gesagt, Europa dürfe nicht in Krisen geraten, „die nicht unsere sind". Er forderte dazu auf, sich von der Chinapolitik Amerikas zu distanzieren. Zudem äußerte er Verständnis für das „Einheitsstreben Chinas". Die Europäer warnte er davor, sich in eine Blocklogik zwischen Amerika und China einbinden zu lassen. Das würde bedeuten, dass die Europäer zu „Vasallen" Amerikas würden. In der Korrekturfassung des Elysée-Palastes hieß es später, die Position zu Taiwan sei konstant.

Emmanuel Macron stellte auf Einladung des niederländischen Think-Tanks Nexus Instituut seine Vision für die EU-Wirtschaft in Den Haag vor. Der Präsident stellte in der Rede fünf Säulen für eine starke Wirtschaft in der EU vor: Binnenmarkt, Industriepolitik, Schutz, Reziprozität im Handel sowie Zusammenarbeit. „Wir müssen unsere Abhängigkeit verringern und unsere europäische Souveränität stärken. Europa wurde zu sehr von einer wirtschaftlichen Kundenperspektive und nicht genug von der menschlichen Bürgerperspektive angetrieben", sagte er. In seiner Rede bestand Macron auch auf der Umsetzung einer „grünen Industriepolitik" auf EU-Ebene, die es erforderlich machen würde, als Union autarker zu sein und sich auf diversifizierte Partner zu stützen. Der Präsident wurde während seiner Rede von Demonstrierenden unterbrochen, die ihn für seine Untätigkeit in der Klimapolitik kritisierten und seine demokratische Glaubwürdigkeit angesichts der anhaltenden Proteste in Frankreich gegen die Rentenreform der Regierung bemängelten. Darüber hinaus haben die Niederlande und Frankreich am 12. April im Rahmen des Staatsbesuchs einen „Pakt für Innovation und nachhaltiges Wachstum" unterzeichnet, um die Zusammenarbeit in den Bereichen der Digitalisierung, Schlüsseltechnologien und industrielle Nachhaltigkeit zu fördern. Macrons Besuch ist der erste offizielle Reise eines französischen Präsidenten in die Niederlande seit dem Jahr 2000.

Frankreich ist bei der Minderung der Treibhausgasemissionen im Rückstand. Dies geht aus einem am 12. April verabschiedeten Parlamentsbericht hervor. Der Bericht bewertet die Fortschritte Frankreichs in Bezug auf die im Pariser Abkommen festgelegten Ziele. Das Land hinke „bei der Emissionsreduzierung hinterher", was bedeutet, dass zukünftig Emissionseinsparungen von durchschnittlich -4,7 Prozent pro Jahr erforderlich sind, um die Ziele zu erreichen

Der französische Gesundheitsminister François Braun reist am 14. und 15. April in die Ukraine. Braun wird ein bilaterales Kooperationsabkommen unterzeichnen, das den Wiederaufbau der medizinischen Infrastruktur der Ukraine zum Ziel hat. Weiter wird er Lviv, im Westen der Ukraine, ein medizinisches Zentrum für verwundete Soldaten einweihen.

Ein vom französischen Parlament eingesetzter Sonderuntersuchungsausschuss schlussfolgert, dass der EU-Strommarkt Frankreichs Energiesystem geschädigt habe. „Wir dürfen nicht länger einen europäischen Rahmen akzeptieren, der den vitalen Interessen Frankreichs zuwiderläuft", sagte der Berichterstatter des Ausschusses, Antoine Armand (Renaissance). Es bestehe die „dringende Notwendigkeit, die europäische Energiepolitik zu reformieren", heißt es in dem Bericht. In Frankreich deckt die Kernenergie mehr als 60 Prozent des Strombedarfs zu relativ geringen Kosten. Der Hauptanbieter ist EDF, ein staatlich dominiertes Unternehmen, das aufgrund der EU-Wettbewerbsregeln verpflichtet ist, einen Teil des Stroms vergünstigt an seine Konkurrenten abzugeben. Der Sonderuntersuchungsausschuss führt den „Souveränitätsverlust" Frankreichs auf die Anfänge der europäischen Energieliberalisierungspolitik zurück, die Ende der 1990er Jahre etabliert wurde.

Der französische Verfassungsrat (Conseil constitutionnel) entscheidet am 14. April, ob die Rentenreform verfassungskonform ist. Die Anträge auf Verfassungskonformität wurden von der Regierung sowie von der rechtspopulistischen Oppositionspartei Rassemblement national und dem linken Bündnis Nupes

gestellt. Verfassungsexperten vermuten, dass die neun Mitglieder der Institution zu dem Schluss kommen, dass lediglich einige Bestimmungen der Rentenreform gegen die Verfassung verstoßen. In diesem Fall werden sie nicht in den Text aufgenommen, der ab dem 1. September 2023 in Kraft treten soll. Der Regierung steht es jedoch frei, die betroffenen Bestimmungen in einen anderen Gesetzentwurf aufzunehmen. Laurent Berger der Gewerkschaft CFDT kündigte an, dass er das Urteil des Verfassungsrates respektieren werde, und versicherte, dass „die CFDT sechs Monate lang keine Demonstrationen durchführen wird". Am 13. April waren bei dem 12. Mobilisierungstag gegen die Rentenreform, um 14 Uhr 154.000 Demonstranten auf den Straßen in Frankreich, gegenüber 220.000 am 6. April und 549.000 am 7. März, dem Tag mit den meisten Teilnehmern.

Der Abgeordnete Adrien Quatennens wird wieder in die linkspopulistische Fraktion der France insoumise aufgenommen. Nach einer Abstimmung in der Fraktion am 11. April wurde dem Abgeordneten, der wegen häuslicher Gewalt an seiner ehemaligen Lebensgefährtin zu vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden war, erlaubt, sich der Fraktion wieder anzuschließen. Die Entscheidung wird durch den Parti socialiste, Teil des Parteibündnisses Nupes, kritisiert und als „politischer Fehler" bezeichnet.

Das Parlament lehnt die von Staatspräsident Emmanuel Macron vorgeschlagene Ernennung von Boris Ravignon zum Leiter der Agentur für Umwelt und Energie, Ademe (Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie), ab. Boris Ravignon ist Bürgermeister der Stadt Charleville-Mézières (Ardennen) und Mitglied der Partei Les Républicains. Das Parlament kritisierte, dass Ravignon mehrere Ämter kumulieren wollte. Es ist das erste Mal, dass ein vom Élysée-Palast vorgeschlagener Kandidat zurückgewiesen wurde. Die Ademe beteiligt sich an der Umsetzung der öffentlichen Politik in den Bereichen Klima und Energie und berät Unternehmen und Institutionen bei ihrem ökologischen Wandel.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der rechtspopulistische Rassemblement national (RN) gründet einen parteiübergreifendenden Verein gegen „Wokismus". Der Zusammenschluss setzt es sich zum Ziel, Parlamentarier aller Lager zu vereinen, um gegen die „Woke-Kultur" zu kämpfen. Bisher gehören rund 40 Europaabgeordnete und nationale Parlamentarier dem Verein an, im Wesentlichen Abgeordnete des RN. Der Abgeordnete Nicolas Dupont-Aignan von der rechtspopulistischen Partei Debout la France, Stéphane Ravier, Senator der rechtspopulistischen Bewegung Reconquête sowie der Senator Sébastien Meurant, Fraktionsmitglied der Républicains, gehören dem Verein ebenfalls an.

DIE ZAHL DER WOCHE

Premierministerin Elisabeth Borne verkündete am 14. April, dass der Mindestlohn (SMIC) am 1. Mai um „etwas mehr als 2 %" steigen wird. Der Mindestlohn wird jedes Jahr am 1. Januar automatisch erhöht, wobei die gewichtete Preissteigerung für die 20 % der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen berücksichtigt wird. Aber auch im Laufe des Jahres finden Aufwertungen statt, sobald die Inflation 2% übersteigt. Die Erhöhung des SMIC wird genau 2,19 % betragen, wie das Kabinett des Arbeitsministers Olivier Dussopt gegenüber Agence France-Presse (AFP) erklärte. Der monatliche Netto-SMIC wird somit um 30 Euro auf 1383 Euro für eine Vollzeitstelle angehoben.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich